

Unsere Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

die letzten Tage haben es einmal mehr gezeigt: die Beziehungen in der EU werden brüchiger, die alten Bande infrage gestellt. Umso wichtiger ist es, dass wir die Partnerschaften zu unseren Anrainerstaaten pflegen und verfestigen. Mit einem Dringlichkeitsantrag haben wir uns diese Woche im Plenum dafür eingesetzt, **die partnerschaftlichen Beziehungen zwischen der Tschechischen Republik und Bayern zu vertiefen**. Dafür gibt es gleich mehrere Gründe: Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit ist unablässig bei der Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität – Drogendelikte, Menschenhandel und illegale Prostitution im Grenzraum lassen sich nur gemeinsam lösen. Außerdem ist Tschechien unter den mittel- und osteuropäischen Ländern der wichtigste Handelspartner Bayerns. Auch wenn die Wirtschaftszusammenarbeit bereits auf sehr hohem Niveau stattfindet, gibt es noch erhebliches Potential für bilaterale Projekte – gerade im Bereich der Forschung und Entwicklung. In dem sich grenzübergreifende Modellregionen verstärkt innovativen Forschungszweigen widmen – etwa der Robotik oder dem Projekt, smart regions –, könnte der bayerisch-böhmische Wirtschaftsraum nachhaltig gestärkt werden. Wichtig ist auch die Weiterentwicklung der gemeinsamen Infrastruktur. Wir werden uns bei der deutschen Bundesregierung weiter mit großem Nachdruck dafür einsetzen, dass die dringend notwendigen Streckenausbauten forciert und umgesetzt werden. Bund und Bahn stehen seit 1995 in der Pflicht, die Schnellbahnstrecke von München über Regensburg nach Prag zu realisieren – inklusive eines dafür notwendigen Ausbaus des Regensburger Schienenkreuzes. Auch im Bildungsbereich sehen wir große Chancen: Bilinguale Kinderkrippen, Tschechisch als Schulfach und die Belebung von Städtepartnerschaften könnten der Partnerschaft zwischen Bayern und Tschechien neue Impulse geben.



Eingesetzt haben wir uns diese Woche auch für diese Themen:

- Rekordinvestitionen in gleichwertige Lebensverhältnisse
- Technologietransferzentren im Allgäu
- Erhöhung der Haushaltsmittel für den Synagogenbau
- Stärkung des Prüferehrenamts
- Straßburg statt Brüssel als alleiniger Standort des Europaparlaments

R ü c k b l i c k

Rekordhaushalt, finanzpolitische Stabilität, Schuldentilgung statt Neuverschuldung: Gemeinsam mit unserem Koalitionspartner haben wir einen Haushalt aus einem Guss erarbeitet. Gerade beim Wechsel von der Opposition in die Regierungsverantwortung war es uns FREIEN WÄHLERN wichtig, dass der Doppelhaushalt 2019/2020 unsere Handschrift trägt. Und wir haben geliefert: **Rekordinvestitionen in gleichwertige Lebensverhältnisse**. So viel Geld für die Kommunen wie noch nie. Stärkung aller Familien – gerade auch derer, die als Mittelschicht das Rückgrat unserer Gesellschaft bilden. Das ist unser Markenzeichen; damit unterscheiden wir uns klar von bloßer Umverteilungspolitik, wie sie insbesondere von Rot-Grün propagiert wird. Ein besonderes Anliegen war uns außerdem eine saubere Lösung für den Wegfall der Straßenausbaubeiträge und für das Problem der Ersterschließung alter Straßen. Wir sind den Christsozialen dankbar, dass sie mit uns gemeinsam einen Anlieger- und kommunalfreundlichen Weg gehen, obwohl sie am Anfang von der Abschaffung der Strabs nicht überzeugt waren. Das Ergebnis: Die Kommunen erhalten mehr Geld vom Freistaat, als sie in der Vergangenheit von den Bürgern eingenommen haben. Damit können sie auch die noch nicht ersterschlossenen alten Straßen herstellen, ohne ihre Bürger zur Kasse bitten zu müssen.

Trotz Rekordausgaben setzen wir mit dem Doppelhaushalt 2019/2020 kräftige Akzente in den bayerischen Regionen: Gemeinsam mit unserem Koalitionspartner haben wir mehrere **Haushaltsanträge zu den Technologietransferzentren (TTZ) in Kaufbeuren, Memmingen und Sonthofen** gestellt. Dabei ist es uns gelungen, die Finanzierung und somit die schnelle Realisierung eines neuen Technologiezentrums Industrie 4.0 der Hochschule Kempten am Standort Sonthofen zu sichern. In Memmingen soll eine Hochschul-Zweigstelle entstehen und in Kaufbeuren erhält das bestehende TTZ eine völlig neue Ausrichtung als Kompetenzzentrum für

digitale Zerspannung. Die Oberbürgermeister von Kempten, Kaufbeuren, Memmingen und Sonthofen, die heimische Wirtschaft und auch die Menschen in unserer Hightech-Region können sich berechnete Hoffnungen machen, schon bald von der Technologie-Förderung zu profitieren. Der Landtag wird diese Initiativen bei den Haushaltsberatungen mindestens mehrheitlich unterstützen.

Außerdem wollen wir **die staatlichen Mittel für den Synagogenbau erhöhen** und haben auch dazu einen Antrag in den Doppelhaushalt 2019/2020 eingebracht. Geht es nach uns FREIEN WÄHLERN, soll mit dem zusätzlichen Geld die beim Neubau der Regensburger Synagoge entstandene Kostenmehrung gedeckt werden. Denn mit dem Neubau der Synagoge ist für die jüdische Gemeinde in Regensburg ein lange gehegter Wunsch in Erfüllung gegangen. Die ursprüngliche Synagoge war 1938 in der Reichspogromnacht bereits zum zweiten Mal in der Stadtgeschichte zerstört worden. Nun ist an gleicher Stelle nicht nur ein neues Gebetshaus geschaffen worden, sondern auch ein Ort der Mahnung und des Gedenkens, der die Erinnerung an die jahrhundertelange Verfolgungsgeschichte der Menschen jüdischen Glaubens auch in Regensburg wachhalten soll. Zudem wird die neue Synagoge auch ein Ort der Begegnung für die Stadtgesellschaft sein. Deshalb wollen wir uns dafür einsetzen, dass der Freistaat die jüdische Gemeinde in Regensburg finanziell unterstützt. Eine teilweise Übernahme der entstandenen Mehrkosten wäre ein wichtiges politisches Signal, dass wir das wachsende jüdische Leben in Regensburg unterstützen und mitgestalten möchten. Zudem wäre die Kostenübernahme ein wichtiger Schritt im Prozess der Aufarbeitung und Wiedergutmachung geschehenen Unrechts sowie in eine gemeinsame geschwisterliche Zukunft.

Eingesetzt haben wir uns diese Woche auch für eine **Stärkung des Prüferehrenamts**. Derzeit erarbeitet die Bundesregierung ein neues Berufsbildungsmodernisierungsgesetz – kurz BBiMoG –, um die duale Berufsausbildung fit zu machen für die Herausforderungen der Zukunft. Allerdings enthält der Gesetzentwurf bislang keine Möglichkeit, Prüfungsteilleistungen auf nur zwei statt bislang drei ehrenamtliche Prüfer zu delegieren. Ehrenamtliches Engagement von Bürgerinnen und Bürgern ist für uns FREIE WÄHLER eine wertvolle gesellschaftliche Ressource. Wir wollen das Ehrenamt würdigen und Engagierte so wenig wie möglich belasten. Deshalb haben wir uns im Plenum mit einem interfraktionellen Dringlichkeitsantrag dafür eingesetzt, den Referentenentwurf zum BBiMoG entsprechend anzupassen. Schließlich spielt das Prüferehrenamt eine zentrale Rolle bei der Beendigung einer Berufsausbildung. Mehr als 150.000 ehrenamtliche Prü-

ferinnen und Prüfer nehmen allein bei den Industrie- und Handelskammern in Deutschland die Abschlussprüfungen ab, bei den Handwerkskammern sind es über 300.000. Bislang müssen alle Prüfungsleistungen stets durch drei Prüfer bewertet werden. Dafür gibt es jedoch keine Notwendigkeit. Wir plädieren deshalb dafür, das Prüfverfahren zu verschlanken und künftig nur noch je zwei Prüfer einzusetzen. So könnten wir Ressourcen schonen und damit Betriebe und Ehrenamtliche entlasten – schließlich werden die Prüfer für ihre ehrenamtliche Aufgabe von den Unternehmen und Berufsschulen freigestellt.

Entschieden zurückgewiesen haben wir diese Woche die Forderung von CDU-Chefin Kramp-Karrenbauer, das **Europäische Parlament allein auf den Standort Brüssel** zu konzentrieren. Grundsätzlich ist es gut, wenn wir ein Ende des europäischen Wanderzirkus diskutieren. Allerdings ist Straßburg der wahre Sitz des Europaparlaments – und nicht die maroden Gebäude am Arbeitsort Brüssel mit einem Investitionsstau von bis zu einer Milliarde Euro Steuergeldern. Der Parlamentssitz in Straßburg ist in den EU-Verträgen fixiert und sollte – gerade aus deutscher Sicht – keinesfalls zur Disposition stehen, denn hier schlägt das deutsch-französische Herz Europas. Gerade weil die Akzeptanz europäischer Entscheidungsprozesse erkennbar bröckelt, müssen wir Europa näher zu den Menschen bringen. Straßburg ist Europas Bürgerhauptstadt und könne Garant für ein funktionierendes Europa der Regionen sein.

Impressum

Florian Streibl, MdL
Othmar-Weis-Straße 5
82487 Oberammergau
Tel: 08822/935282
Fax: 08822/935287
E-Mail: info@florian-streibl.de
Homepage: www.florian-streibl.de